

Arbeiter  
Angestellte  
Beamte



Arbeiter  
Angestellte  
Beamte

# DAS STEUER- UND GROLLBLATT

[www.dstg-berlin.de/grollblatt](http://www.dstg-berlin.de/grollblatt)

## dbb – beamtenbund und tarifunion berlin legt dem Senat Sanierungspaktangebot vor

Der **dbb - beamtenbund und tarifunion berlin** und seine **Fachgewerkschaften**, u. a. die **DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN**, legten in der vierten Gesprächsrunde am **30. Oktober 2002** mit dem **Berliner Senat** ein konkret ausgearbeitetes **Verhandlungsangebot** zu einem **Berliner Sanierungspakt** vor. Der von den **Fachgewerkschaften** im **dbb-Landeshauptvorstand** am **23. Oktober 2002** erarbeitete **Verhandlungskatalog** wurde in einem dreistündigen Gespräch den **Senatsmitgliedern**, **Reg. Bürgermeister Wowereit**, **Bürgermeister Wolf** und den **Senatoren Körting** und **Sarrazin** übergeben.

### Auszüge aus dem Verhandlungsangebot:

#### Der Berliner Senat verpflichtet sich u. a.

- ▼ alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Einnahmesituation des Landes Berlin nachhaltig zu verbessern
- ▼ Teilzeit- und Altersteilzeitoffensive ohne Ablehnungsgründe auf freiwilliger Basis
- ▼ Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis zur geplanten Fusion der Länder Berlin und Brandenburg
- ▼ Fortführung der Beschäftigungssicherungsvereinbarung
- ▼ Einstellungskorridor für alle Verwaltungsbereiche
- ▼ keine Einbeziehung der Pensionäre in die Sparmaßnahmen
- ▼ während der Vertragszeit keine landesweiten Beförderungssperren
- ▼ keine Initiativen zur Kündigung von Tarifverträgen im Arbeitnehmerbereich des Landes Berlin
- ▼ keine Initiativen zur Einschränkung der Flächentarif- und Manteltarifverträge
- ▼ keine Initiativen oder Unterstützung von Vorschlägen zur Abschaffung oder Einschränkung von Urlaubsgeld- und/oder der Sonderzuwendungen

#### Der dbb – beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften bieten dafür u. a. an:

- ▲ ein Aussetzen von Leistungsprämien und –zulagen im Beamtenbereich für die Dauer des Einkommenszuwachsverzichts
- ▲ einen sozial gestaffelten, zeitlich befristeten Einkommenszuwachsverzicht von durchschnittlich 2 % für alle Beschäftigten im Land Berlin
- ▲ Strukturveränderungen in der Berliner Verwaltung
- ▲ Strukturveränderungen im Bereich Aus- und Fortbildung
- ▲ Initiativen zur Vereinfachung und Entbürokratisierung der Berliner Verwaltung
- ▲ Steigerung der Teilzeitquote

### INHALTSVERZEICHNIS

dbb - berlin legt dem Senat Verhandlungsangebot vor .....	65
Gesprächsrunden/dbb-Landeshauptvorstand .....	66
Die Ausgangslage zum dbb-Verhandlungsangebot .....	67
Das dbb -Verhandlungsangebot .....	68
Der dbb-Verhandlungskatalog .....	78
Leistungsangebot der DSTG: Presseerklärung vom 23.10.02	72

# Gesprächsrunden anlässlich der sog. „Solidarpakt“-Gespräche

Die sogenannten „Solidarpakt“-Gespräche mit dem Berliner Senat führten der Landesvorsitzende des dbb-berlin, Joachim Jetschmann, der stv. dbb-Landesvorsitzende Bernd Raue sowie Vertreter der Fachgewerkschaften. Für die DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN nahm an den Gesprächsrunden mit dem Berliner Senat anlässlich der sog. „Solidarpakt“-Gespräche der Landesvorsitzende Detlef Dames teil.

Das vierte Gespräch am 30. Oktober 2002 wurde mit dem Regierenden Bürgermeister Wowereit, dem Bürgermeister Wolf und den Senatoren Körting und Sarrazin geführt. In dem dreistündigen Gespräch erörterten der dbb-berlin und die Vertreter der Fachgewerkschaften unter Beteiligung von zwei Vertretern der dbb-tarifunion, Arne Googon und Helmut Overbeck, das Verhandlungsangebot zu einem Berliner Sanierungspakt. Der Regierende Bürgermeister Wowereit sprach von einem „Riesenschritt“ und äußerte sich optimistisch, dass weitere Einsparungen möglich seien. Der Senat will das Verhandlungsangebot „durchrechnen“ und prüfen.

Wowereit erklärte, dass er seine Bundesrat-Initiative für eine Öffnungsklausel des Bundesbesoldungsgesetzes für Beamte, jedoch fortführen will, unabhängig vom weiteren Ausgang der Berliner Sanierungsgespräche.

In der gemeinsamen Presskonferenz forderte forderte Wowereit die „DGB“-Gewerkschaften auf, ihre bisherige Verweigerungshaltung aufzugeben. Joachim Jetschmann stellte den Sanierungsvorschlag des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin vor und erörterte die Gründe, worum der dbb-berlin unter bestimmten Bedingungen bereit ist, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin mit dem Senat über einen verbindlichen Sanierungspakt zu verhandeln. ■

---

## Außerordentlicher Landeshauptvorstand des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin

Mit dem Ablauf und Inhalt der vierten Verhandlungsrunde beim Senat beschäftigten sich auf dem kurzfristig einberufenen außerordentlichen dbb - Landeshauptvorstand am 4. November 2002 die Delegierten der Fachgewerkschaften. Der dbb-Landesvorsitzende Joachim Jetschmann informierte über das Gespräch und gab Auskunft über Presse- und weitere Termine. Die Gewerkschaftsvertreter erörterten das weitere gemeinsame Vorgehen und diskutierten andere wichtige Themen, u.a.:

- Beihilfeänderungen zum 1. Januar 2003
- Besoldungsrunde 2002/2003
- ✱ Tarifrunde 2002/2003

Als Delegierte der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN nahmen am außerordentlichen dbb-Landeshauptvorstand die stv. Landesvorsitzenden Jürgen Köchlin und Frank Schröder teil. ■

---

## **DSTG** - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

### IMPRESSUM

**DSTG** DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb - beamtenbund und tarifunion

**Herausgeber** Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)  
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Montag 9:00 - 18:00 Uhr Dienstag - Donnerstag 9:00 - 14:00 Uhr  
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 e-mail: info@dstg-berlin.de

**Internet** www.dstg-berlin.de

**Schriftleitung** Jürgen Köchlin, stv. Landesvorsitzender der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN

**Redaktion** Detlef Dames, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder, Jeàn Wandkowski  
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 15. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

**Gestaltung/Layout** Jürgen Köchlin Fotos: DSTG BERLIN Archiv

**Druck** DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin-Spandau  
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

**Titellayout** Karsten Köchlin

**Auflage** 8.500 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

**November 2002**

# dbb-Verhandlungsangebot zu einem Berliner Sanierungspakt

## I. Die Ausgangslage

**Da die Beschäftigten, aber auch die Öffentlichkeit in Berlin den Stand der Gespräche und deren Ergebnisse zwischenzeitlich nur noch schwer nachvollziehen können und zwischen der dritten und vierten Gesprächsrunde verschiedene Ergebnisse zu verzeichnen waren, treffen der dbb – beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften, darunter u. a. die DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT BERLIN, folgende Feststellungen:**

1. Der dbb - beamtenbund und tarifunion berlin setzt mit seinen Fachgewerkschaften, wie mit dem Berliner Senat in der dritten Gesprächsrunde vereinbart, das Gespräch vom 30. September 2002 fort.
2. Das dem dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und seinen Fachgewerkschaften seitens des Senats am 18. Oktober 2002 schriftlich mitgeteilte Ergebnis des vierten Gesprächs zwischen dem Senat und dem DGB ist keine Gesprächsgrundlage, da der dbb - beamtenbund und tarifunion berlin die Verhandlungen am 30. Oktober 2002 fortsetzt.
3. Der dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften kritisieren mit Nachdruck, dass der Senat vor Ablauf des am 30. September 2002 vereinbarten vierten Verhandlungstermins bereits einseitig im Senat Maßnahmen beschlossen hat und diese inzwischen umsetzt.  
  
Darüber hinaus werden seitens des Senats öffentlich Drohgebärden aufgebaut, die gegenüber den Beschäftigten der Berliner Verwaltung nicht gerechtfertigt sind.
4. Der dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften fordern den Senat auf, keine Gespräche auf Bundesebene und mit den Ministerpräsidenten der Länder zu Öffnungsklauseln zu führen, da die Gespräche bisher nicht gescheitert sind.
5. Der dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften bedauern, dass



Joachim Jetschmann - Landesvorsitzender dbb - beamtenbund und tarifunion berlin

das in der dritten Verhandlungsrunde angebotene Gespräch des Regierenden Bürgermeisters mit dem Bundesvorstand des dbb - beamtenbund und tarifunion am 21. Oktober 2002 einseitig durch den Regierenden Bürgermeister nicht wahrgenommen wurde. Dies ist auch Sicht des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und seiner Fachgewerkschaften nicht sachdienlich gewesen, da hiermit die Chance vertan wurde, die Sicht des Berliner Senats gemeinsam darzustellen und erläutern zu können.

6. Der dbb - beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften lehnen die öffentliche Hetzkampagne einiger Berliner Medien gegen den öffentlichen Dienst und den Beschäftigten ab. Aus der gemeinsamen Sicht innerhalb des dbb – beamtenbund und tarifunion

berlin wird die bisherige Leistung und das bereitgestellte Entgegenkommen der Beschäftigten zur Sanierung des Berliner Landeshaushaltes in der Vergangenheit nicht ausreichend gewürdigt.

Es muss vielmehr festgestellt werden, dass höhere Krankenstände und längere Wartezeiten in den Dienststellen als Kampagne gegen den öffentlichen Dienst und dessen Beschäftigte durch Politik und Medien genutzt wurden.

Die nachgewiesene Überalterung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und die erheblichen Arbeitsverdichtungen infolge des Stellenabbaus bei mangelhafter Sachausstattung der Dienststellen und teilweise unwürdiger Arbeitsbedingungen fanden keine sachgerechte und faire Darstellung in der Öffentlichkeit.

Fortsetzung Seite 68 >>>

# dbb-Verhandlungsangebot zu einem Berliner Sanierungspakt

>>> Fortsetzung von Seite 67

## II . Das Angebot

**Der dbb – beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften haben nach der Landeshauptvorstandssitzung vom 8. Oktober 2002 und unter dem Eindruck der Diskussion in der Bundesvorstandssitzung vom 21. Oktober 2002 am 23. Oktober 2002 erneut im Landeshauptvorstand intensiv und mit allem „Für und Wider“ in einer mehrstündigen Sitzung über die Situation für die Beschäftigten des Landes Berlin, die Haushaltssituation des Landes Berlin, die Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Berlin sowie bundesweite Situation beraten und folgenden Verhandlungsvorschlag erarbeitet, der am 30. Oktober mit dem Berliner Senat beraten wurde:**

1. Der Vorschlag des Senats von Berlin vom 30. September 2002 wird abgelehnt.
2. Der in der Anlage befindliche Verhandlungskatalog wird dem Berliner Senat und den Fraktionen im Abgeordnetenhaus als Verhandlungsangebot unterbreitet.
3. Bei Einigung über eine Grundstruktur eines Berliner Sanierungspaktes am 30. Oktober 2002 ist unverzüglich ein gemeinsames Gespräch zwischen dem dbb – beamtenbund und tarifunion für den Beamtenbereich und der dbb - tarifunion für den Arbeitnehmerbereich sowie dem Berliner Senat und dem dbb – beamtenbund und tarifunion berlin zu führen, um über die Umsetzung der gemeinsamen Vorschläge zu sprechen.  
Die Gespräche sind bis zum 15. November 2002 abzuschließen.
4. Es ist unverzüglich ein Redaktionsteam zwischen dem Senat und dem dbb - beamtenbund und tarifunion berlin zu benennen, um einen gemeinsamen Vertragsentwurf zu erarbeiten und damit das Verhandlungsergebnis bis zum 15. November 2002 unterzeichnungsfähig zu fixieren.
5. Der Berliner Senat und die dbb – beamtenbund und tarifunion berlin verpflichten sich, in der Mitarbeiterzeitung „direkt“ das Ergebnis der Verhandlungen in einer Sonderausgabe aus Sicht des Berliner Senats und des dbb – beamtenbund und tarifunion berlin und seiner Fachgewerkschaften umfassend darzustellen.

## Verhandlungskatalog

### Verhandlungsangebot für einen Sanierungspakt mit dem Berliner Senat

Der Berliner Senat verpflichtet sich zu folgenden Vertragspunkten:

- ▼ alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Einnahmesituation des Landes Berlin nachhaltig zu verbessern
- ▼ Teilzeit- und Altersteilzeitorientierung ohne Ablehnungsgründe auf freiwilliger Basis
- ▼ Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis zur geplanten Fusion der Länder Berlin und Brandenburg
- ▼ Fortführung der bestehenden Beschäftigungssicherungsvereinbarung mit redaktioneller Überarbeitung
- ▼ Erstellung einer ersten verbindlichen Personalplanung für das Land Berlin bis zum 31. Dezember 2002 für alle Verwaltungsbereiche unter Berücksichtigung der Altersstruktur, der Laufbahn und Laufbahngruppen sowie der natürlichen Fluktuation der letzten fünf Jahre mit dem Ausblick auf die nächsten fünf Jahre, die jeweils jährlich fortzuführen ist und um eine Personalentwicklungsplanung im Jahre 2003 zu erweitern ist.
- ▼ Einstellungskorridor für alle Verwaltungsbereiche, damit dem langfristigen „Alterskollaps“ entgegen gewirkt wird
- ▼ keine Einbeziehung der Pensionäre in die Sparmaßnahmen

Fortsetzung Seite 69 >>>

# dbb-Verhandlungsangebot zu einem Berliner Sanierungspakt

>>> Fortsetzung von Seite 68

- ▼ während der Vertragslaufzeit keine landesweiten Beförderungssperren
- ▼ keine Initiativen zur Kündigung von Tarifverträgen im Arbeitnehmerbereich des Landes Berlin
- ▼ keine Initiativen zur Einschränkung der Flächentarif- oder Manteltarifverträge
- ▼ keine Initiative zur Veränderung des Bundesbesoldungsgesetzes und des Beamtenrechtsrahmengesetzes
- ▼ keine Initiativen oder Unterstützung von Vorschlägen zur Abschaffung oder Einschränkung von Urlaubs- und/oder der Sonderzuwendung (sog. Weihnachtsgeldes)
- ▼ Zusicherung, dass am 1. Januar 2007 die bundesweit geltenden Tarifverträge (einschließlich ggfs. des Einkommensangleichungsgesetzes) und das Bundesbesoldungsrecht wieder umfassend gelten
- ▼ schriftlich zu erklären, das der Einkommensverzicht ausschließlich der Haushaltsnotlage des Landes Berlin und nicht einer allgemeinen Finanzknappheit des Landes Berlin bzw. Steuermindereinnahme geschuldet ist

Der dbb – beamtenbund und tarifunion berlin und seine Fachgewerkschaften bieten dafür an:

- ▲ ein Aussetzen von Leistungsprämien und –zulagen im Beamtenbereich für die Dauer des Einkommenszuwachsverzichts
- ▲ einen sozial gestaffelten, zeitlich befristeten Einkommenszuwachsverzicht von durchschnittlich 2 % für alle Beschäftigten im Land Berlin:

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	
Beamte	55,2	110,4	165,6	220,8	
Angestellte und Arbeiter	55,0	104,0	156,0	208,0	
<b>Zwischensumme</b>	<b>107,2</b>	<b>214,4</b>	<b>321,6</b>	<b>428,8</b>	
Leistungsprämien und -zulagen der Beamten	30,0	30,0	30,0	30,0	
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>137,2</b>	<b>244,4</b>	<b>351,6</b>	<b>458,8</b>	
Planung des Senats	250,0	500,0	500,0	500,0	
<b>Differenz</b>	<b>112,8</b>	<b>255,6</b>	<b>148,4</b>	<b>41,2</b>	<b>558,0</b>

(alle Zahlenangaben in Millionen •)

Es wird eine soziale Staffelung beim Gehaltsverzicht vorgesehen, und zwar wird bis einschließlich Besoldungsgruppe A 7 bei halbierten Tarifabschlüssen, maximal 1,5 %, von Besoldungsgruppe A 8 bis einschließlich A 12 von maximal 2 % und ab Besoldungsgruppe A 13S/A 13, sowie in den Besoldungsordnungen B, C und R sowie W von maximal 2,5 % angesetzt (Auszubildende und Anwärter werden vom Gehaltsverzicht ausgenommen).

Die tariflichen Vereinbarungen für die Arbeitnehmer stehen unter dem Vorbehalt der Verhandlungen mit der dbb – tarifunion und deren Gremien.

Anmerkung:

Im Vertragstext sind die entsprechenden Lohn- und Vergütungsgruppen nach BMTG/BMTG-O und BAT/BAT-O zur Klarheit explizit auszuwerfen. Wegen der Übersichtlichkeit wurde hier darauf verzichtet.

**Fortsetzung Seite 70 >>>**

# dbb-Verhandlungsangebot zu einem Berliner Sanierungspakt

>>> Fortsetzung von Seite 69

- ▶ Der Fehlbetrag von 558,0 Millionen • während des Verzichts auf Gehaltssteigerungen im Verhältnis zu den Vorstellungen des Senats ist ab 1. Januar 2004 unter anderem durch entsprechende zusätzliche Strukturmaßnahmen zur Veränderung der Berliner Verwaltung dauerhaft im Personalbereich zu erbringen. Hierzu hat der dbb – beamtenbund und tarifunion berlin mit seinen Fachgewerkschaften bereits am 30. September 2002 einen umfassenden Vorschlag unterbreitet. Das Einsparvolumen beträgt bei Umsetzung der Einzelvorschläge etwa 78 Mio. • bereits im ersten Jahr und ist erheblich in den Folgejahren steigerbar.
- ▶ Weiterhin sind jährlich 45 Mio. • jährlich durch Verwirklichung der Vorschläge des Rechnungshofs von Berlin in den Jahresberichten ab 1999 einzusparen.
- ▶ Durch die Angleichung des Dienstalters für den höheren Dienst bei der Berliner Polizei sind jährlich 1 Mio. • anzusetzen.
- ▶ Durch die Auflösung des Personalüberhanges von rund 6.000 Stellen sind im Berliner Haushalt 210 Mio. • als Einsparvolumen jährlich zu berücksichtigen.
- ▶ Infolge von Aufgabenrückgang in mehreren Dienstbereichen können weitere 210 Mio. • jährlich bei den Personalausgaben eingespart werden.

**Das am 30. September 2002 dem Senat vorgelegte Alternativkonzept des dbb – berlin sieht statt weiterer Gehaltskürzungen folgende grundlegende Strukturveränderungen in der Berliner Verwaltung vor:**

- ▶ Abschaffung der Bezirksämter und der Bezirksverordnetenversammlungen
- ▶ Neustrukturierung der Verwaltung nach dem Vorbild von Hamburg
- ▶ Partizipation der Bürger fördern, Bürgernähe stärken
- ▶ Neubestimmung der Aufgaben, die von der Verwaltung wahrzunehmen sind
- ▶ Kennzahlenvergleiche für Aufgabenbereich nach den Vorgaben der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)
- ▶ Überprüfung des Berliner Leistungskatalogs
- ▶ Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung auf allen Ebenen des politischen Systems
- ▶ Dezentralisierung von Personalverantwortung in allen Bereichen – einschl. der Berliner Gerichte –
- ▶ Ressortübergreifende Gesetzesfolgenabschätzung
- ▶ Reorganisation des Kassenwesens
- ▶ Neuordnung der Ausgabensteuerung in der Sozialhilfe
- ▶ Strukturreform bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

## **Strukturveränderungen im Bereich der Aus- und Fortbildung**

- ▶ Zusammenführung der Ausbildungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst
- ▶ Auflösung der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege
- ▶ Neuordnung der Studiengänge an den Berliner Hoch- und Fachschulen im Bereich der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften sowie Sozialwissenschaften

Fortsetzung Seite 71 >>>

# dbb-Verhandlungsangebot zu einem Berliner Sanierungspakt

>>> Fortsetzung von Seite 70

- ▶ Konzentration der Fortbildungsreferate usw. durch Zusammenführung bei der Verwaltungsakademie Berlin

## Grundlagen der Personalbedarfsberechnungen ordnen

- ▶ Anerkennung bundes- oder ländereinheitlicher Personalbedarfsberechnungen
- ▶ Aufgabenzuwächse durch zusätzliches Personal absichern, Aufgabenverminderungen durch Personalabgänge ausgleichen

## Gemeinschaftsinitiative mit dem Senat zur Vereinfachung und Entbürokratisierung der Berliner Verwaltung

- ▶ Konsequente Aufgabenkritik in allen Teilen der Berliner Verwaltung einschl. der Sonderbehörden
- ▶ Gesetzesinitiativen des Landes Berlin im Bundesrat zur Verbesserung der gesetzlichen Verfahrensvorschriften für die Verwaltung und die Gerichte
- ▶ Überprüfung der Landesgesetze sowie sonstiger Rechtsvorschriften auf ihre weitere Notwendigkeit
- ▶ Überprüfung der Regelungen für Prozesskostenhilfe usw. angesichts der hohen Geschäftseingänge bei den Gerichten

## Steigerung der Teilzeitquote

- ▶ Zielgerichtete Angebote für die unterschiedlichen Beschäftigtengruppen zur Aufnahme von Teilzeit auf freiwilliger Basis
- ▶ Neue Rechtsvorschriften zum Ausbau der Teilzeit im Bereich der Beamten und Richter und der Arbeitnehmer
- ▶ Ermöglichung von Altersteilzeit statt gezielter Einschränkung

## Vorlage einer Bilanz der bisherigen Sparmaßnahmen

- ▶ Überprüfung der Sparvorgaben seit 1999 hinsichtlich ihrer Umsetzung und finanzieller Wirkungen
- ▶ Stand des Personalüberhanges offen legen
- ▶ Bilanzierung, ob in den Bezirken die Sparvorgaben im Bereich der Führungskräfte erfüllt sind
- ▶ Umsetzung der Vorschläge des Rechnungshofs von Berlin, soweit die Personalausgaben betroffen sind ■

**BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST**

# FlexoPlus Kredit

- ▶ Geringe monatliche Raten
- ▶ Bis zum 20fachen Familieneinkommen
- ▶ Laufzeiten bis zu 120 Monaten
- ▶ Flexible Rückzahlung
- ▶ Ablösung bestehender Kredite
- ▶ Großzügige Sofortentscheidung
- ▶ Langfristige Immobiliendarlehen

Kredit online: [www.abkbank.de](http://www.abkbank.de)  
ÖFFNUNGSZEITEN: MONTAG - FREITAG 9 - 18 UHR - RANKESTR. 34 BIS 39 UHR

## Allgemeine Beamten Kasse

INVALIDENSTRASSE 28 AM NORDBAHNHOF 10115 BERLIN TELEFON 285 35 200	RANKESTRASSE 34 AN DER GEDÄCHTNISSKIRCHE 10789 BERLIN TELEFON 210 95 95	HEGELALLEE 14 AM JÄGERTOR 14467 POTSDAM TELEFON 0331-298 670
---	--	---

# Das Leistungsangebot . . .

Beispiel

Pressearbeit

---

## **Gemeinsame Presseerklärung des dbb – beamtenbund und tarifunion berlin und seinen Fachgewerkschaften**

Das vorliegende Verhandlungsangebot des dbb – beamtenbund und tarifunion berlin und seinen Fachgewerkschaften basiert auf der Finanzierung des Landes Berlin und dem Verhandlungsangebot des Senats vom 30. September 2002.

Nach vielen schwierigen Abwägungsprozessen hat der Landeshauptvorstand am 23. Oktober 2002 einstimmig beschlossen, dass vorliegende Angebot zu einem Sanierungspaket am 30. Oktober 2002 zu unterbreiten.

Für den Landeshauptvorstand stehen folgende Argumente im Vordergrund:

- Flächentarifverträge und bundeseinheitliche Besoldungsregelungen sind – gerade in schwierigen finanzpolitischen Zeiten – eine wichtige Voraussetzung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten. Eine Politik der Kassenlage ist abzulehnen.
- Das Land Berlin muss allerdings in die Lage versetzt werden, zu einer solchen Finanzpolitik zurückzukehren. Es muss auch akzeptiert werden, dass die Rechtslage für Berlin zur Haushaltsnotlage gegenüber den so genannten Altfällen Saarland und Bremen eine andere ist.
- Aufgrund der Wiedervereinigung hat die Politik eine hohe soziale Verantwortung übernommen. Diese führt zurecht zu einer Last, die auch durch kommende Generationen getragen werden muss. Der Bund und die übrigen Bundesländer haben sich völlig überschleunigt aus der gemeinschaftlichen Verantwortung gegenüber den beiden ehemaligen Stadthälften des Landes Berlin zurückgezogen. Der Konsolidierungskurs der letzten 12 Jahre muss gemeinschaftlich und sozialverträglich fortgesetzt werden. Die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen sehen hier ihre Mitverantwortung. Allerdings muss nach 2006 aufgrund der absehbaren Zahlen mit vereinigungsbedingten Überausstattungsdiskussionen Schluss sein.
- Das Land Berlin bekommt ein erhebliches Entgegenkommen mit dem Sanierungspaket. Es wird erwartet, dass der Senat nunmehr im Gespräch am 30. Oktober 2002 verbindlich erklärt, ob er seriöse Gespräche führen oder aber alleine in Tarif- und Besoldungspolitik nach Kassenlage diktieren will. Bei letzterem wird zu prüfen sein, inwieweit noch Gespräche zu führen sind und welche Maßnahmen seitens der Gewerkschaften ergriffen werden müssen.
- Einkommenszuwachsverzichte sind sozial zu staffeln und daher auch im Angebotspaket entsprechend enthalten.
- Der Senat muss unverzüglich die unseriösen Drohgebärden und die Einschüchterungspolitik gegenüber den Beschäftigten zugunsten einer sachgerechten Gesprächskultur beenden.
- Einstellungshindernisse im Nachwuchsbereich sind unverzüglich aufzuheben.
- Da der begleitende Stellenabbau aufgrund der zu erwartenden Beschlüsse der Politik in den kommenden Jahren weit über das Jahr 2006 hinaus wirken werden, muss der Senat eine langfristige Beschäftigungssicherung beschließen, die auch folgende Senate bindet.
- Im Detail steht der dbb – beamtenbund und tarifunion berlin und sein Fachgewerkschaften am 30. Oktober 2002 im Rahmen einer Pressekonferenz zu den Verhandlungspaket und dem erfolgten Gespräch ausführlich zur Verfügung. ■